



Die Tage des Schulpavillons sind gezählt.

FOTO: RICHTER

Beton statt Pavillon

Abrissarbeiten am OHG-Pavillon haben begonnen / Verwaltungsneubau soll bis Ende 2019 stehen / Stadt mietet Ersatzräume vom Landkreis in BBS II an

Von Michael Brakemeier

Göttingen. Die Abrissarbeiten für den Schulpavillon des Otto-Hahn-Gymnasiums haben begonnen. Der Landkreis benötigt die Fläche für den geplanten Neubau eines Verwaltungsgebäudes. Ersatz für die vier damit wegfallenden Klassenräume soll es in der benachbarten Berufsschule geben. Unumstritten ist der Umzug nicht.

In etwa vier Wochen, so der Zeitplan der Stadtverwaltung, soll der Pavillon im Eigentum der Stadt, in dem Schülergenerationen im Sommer geschwitzt und im Winter gefroren haben, Geschichte und der Abriss beendet sein. Auf dem Gelände an der Leine, das sich im Besitz des Landkreises befindet, soll ein neues Verwaltungsgebäude entstehen. Darüber hinaus, so Kreissprecher Ulrich Lottmann, liefern derzeit Voruntersuchungen des Baugrunds. Den Bauantrag für das neue Verwaltungsgebäude bereite die Kreisverwaltung gerade vor. „Das Ziel ist unverändert, das Verwaltungsgebäude zum Jahresende

2019 fertigzustellen“, sagt Lottmann.

Nach jetzigen Plänen will die Stadtverwaltung ab kommendem Schuljahr für zunächst drei Jahre sieben Räume für das OHG in der benachbarten Berufsbildenden Schule II (BBS) anmieten. „Dabei handelt es sich um den Ersatz für die vier Räume, die durch den Abriss des Pavillons wegfallen, und die Anmietung von Räumen, die das OHG in der Vergangenheit bereits sporadisch genutzt hat“, erklärt Verwaltungssprecher Detlef Johannson. Monatlich 3900 Euro Miete sind dafür fällig, oder zusammen 140 000 Euro für drei Jahre.

Der Schule schmeckt der Umzug in die BBS ganz und gar nicht. In der Juni-Sitzung des Schulausschusses des Rates sagte OHG-Schulleiterin Rita Engels: „So lange ich Schulleiterin bin, werde ich keinen einzigen Schüler in ein Gebäude wie die BBS auslagern.“ OHG-Schülervertreter Till Koch beschwor in der Sitzung die Raumnot in seiner Schule und fürchtete „die Zerschlagung unserer Schul-

gemeinschaft“ durch den Teilumzug in die BBS. Lehrer, Eltern- und Schülervertreter schildern die Raumnot am größten Göttinger Gymnasium: zum Teil nur 45 Quadratmeter große Klassenräume für 32 Kinder; der Pavillon, der nun abgerissen wird; jedes Jahr mehr Anmeldungen zum fünften Jahrgang; und ein ganzer Jahrgang mehr, wenn G9 mit 13 Schuljahren bis zum Abitur wieder eingeführt wird.

Ein Erweiterungsbau für das OHG sei zwingend notwendig, sagte Koch. Das sieht auch die CDU im Rat so und fordert einen Erweiterungsbau mit den benötigten 16 Klassenräumen. Die Grünen wiederum wollen außer der BBS-Lösung ab dem kommenden Schuljahr zwei weitere Varianten von der Verwaltung prüfen lassen: einen Tausch der beiden benachbarten Schulgebäude OHG und BBS II und einen Erweiterungsbau. Die SPD mahnte, vor einer Entscheidung für einen Erweiterungsbau erst zu prüfen, wie teuer ein solcher Bau einschließlich Folgekos-

ten werde und ihn mit einer BBS-Mietlösung zu vergleichen.

Jetzt sei zu prüfen, „welche die richtige Lösung für das OHG im Anschluss an die drei genannten

“

Solange ich Schulleiterin bin, werde ich keinen einzigen Schüler in ein Gebäude wie die BBS auslagern.

Rita Engels,
Schulleiterin

Jahre ist“, sagte Johannson. „Wir befinden uns also in der Prüf- und Planungsphase, in der etwaige Bau- oder Folgekosten noch gar nicht feststehen können.“ Insofern

seien keine finanziellen oder wirtschaftlichen Vergleiche einer Miet- oder Neubaulösung möglich.

Die Pläne für den Verwaltungsneubau des Landkreises stehen unterdessen. In dem vierstöckigen Bürogebäude an der Carl-Zeiss-Straße sollen ab Ende 2019 mindestens 130 Landkreis-Mitarbeiter unterkommen. Der Bau mit 1600 Quadratmetern Fläche und 146 Büros soll knapp 17 Millionen Euro kosten und sich an das dort bereits bestehende Landkreis-Gebäude mit einer verglasten Brücke anschließen. Der quadratische Neubau besteht aus zwei rechten Winkeln, die einen Innenhof umspannen.

Die Planungen stammen vom Göttinger Büro Brune + Brune, das sich bei einem Architektenwettbewerb gegen 19 Mitbewerber durchgesetzt hatte. Der Neubau soll am Gothaer Platz angemietete Räume ersetzen, die der Kreis zum 30. Dezember 2019 bereits gekündigt hat. Zudem sollen in dem Neubau im Stadtgebiet verteilte Behördenstandorte zentralisiert werden.